

Andrew Korybkos Newsletter

Polen könnte die Ukraine schnell entnazifizieren, ohne einen einzigen Schuss abzugeben, aber Tusk weigert sich, dies zu tun.

[Andrew Korybko](#) 2. Juli 2026



Alles, was er tun müsste, wäre, Polen damit zu drohen, nicht länger als Transitland für 90 % der militärtechnischen Importe der Ukraine aus der NATO zu dienen. Dies würde entweder ausreichen, damit die Ukraine die Bedingungen erfüllt, bevor die Lieferungen eingestellt werden, oder sie würde dies wahrscheinlich kurz darauf tun. Doch ihm fehlt der politische Wille.

Die Entnazifizierung der Ukraine ist eines der explizit formulierten Ziele Russlands in der [Sonderoperation](#), bleibt aber weiterhin unerreichbar, seit [Großbritannien und Polen](#) im Frühjahr 2022 das Friedensabkommen sabotierten. Hintergrund war ihr gemeinsames Bestreben, ihrem historischen (im Falle Polens seit Jahrtausenden bestehenden) russischen

Rivalen eine strategische Niederlage beizubringen. Lawrow [erläuterte Russlands Verständnis dieses Ziels im Frühjahr 2025 vage](#), indem er andeutete, sein Land verstehe unter Entnazifizierung nun die Wiederherstellung der Rechte der russischen Minderheit in der Ukraine.

Dies kann nur durch innerstaatliche Rechtsmechanismen erreicht werden, weshalb [der Friedensvertragsentwurf vom Frühjahr 2022](#) entsprechende Klauseln enthielt. Russland hatte nie die Absicht, die gesamte Ukraine zu besetzen, eine vollständige Entnazifizierung durchzusetzen und diese dann durch eine unbefristete Militäroperation im ganzen Land aufrechtzuerhalten. Militärische Gewalt wird von Russland lediglich als Mittel gesehen, um die Ukraine in dieser Hinsicht zu zwingen. Russlands Schwierigkeiten bei der Entnazifizierung der Ukraine sind heutzutage auch für Polen relevant.

Selenskyjs Verherrlichung der [in Wolhynien des Völkermords](#) OUN -UPA-Täter auf staatlicher Ebene hat eine politische Krise in den Beziehungen ausgelöst, die sich täglich verschärft. Der Verteidigungsminister der regierenden liberalen Koalition [erklärte kürzlich](#): „Mit Bandera wird die Ukraine nicht der Europäischen Union beitreten.“ Dies zeigt, wie die öffentliche Meinung in dieser Frage seine Regierung dazu veranlasst, ihre Haltung gegenüber der Ukraine zu verschärfen. [74 %](#) der Bevölkerung befürworten die Aberkennung des Ordens des Weißen Adlers durch den konservativen Präsidenten Karol Nawrocki gegenüber Selenskyj.

Die daraus resultierende Wandlung der Ukraine zu einem [antipolnischen Staat](#), die [zwar nicht unvermeidlich war](#) erläutert, maßgeblich von Deutschland begünstigt wurde, [aber, wie hier](#), ist unter Polen nun täglich Gegenstand von Diskussionen und wird dies aufgrund von Selenskyjs Plan zur Errichtung eines „[Nationalen Pantheons](#)“ wohl auf unbestimmte Zeit bleiben. Viele erwarten, dass berüchtigte antipolnische Persönlichkeiten wie Stepan Bandera und Roman Schuchewitsch neben Andrej Melnik, dessen sterbliche Überreste kürzlich repatriert und mit militärischen Ehren beigesetzt wurden, geehrt werden.

Besorgniserregend ist [die Drohung eines hochrangigen ukrainischen Feldwebels mit Drohnenangriffen auf polnische Städte](#) – ein weiteres Indiz für die zunehmende Radikalisierung der Ukrainer gegenüber Polen. Sollten sich die neuen antipolnischen Ausprägungen des ukrainischen Nationalsozialismus ungehindert im Staat und in der Gesellschaft ausbreiten können, wird die Ukraine nach dem Konflikt unweigerlich zu einer erheblichen Sicherheitsbedrohung für Polen. Die Entnazifizierung der Ukraine liegt daher [heutzutage im Interesse Polens](#), und zwar ohne einen einzigen Schuss abzugeben.

Polen müsste lediglich unverzüglich seine Funktion als Transitland für 90 % der militärtechnischen Importe der Ukraine aus der NATO einstellen. Das wäre alles. Hätte Polen dies im Vorfeld als Ultimatum an die Ukraine signalisiert und angesichts des vorhersehbaren deutschen und möglicherweise auch amerikanischen Drucks standhaft geblieben, wäre die Ukraine möglicherweise ohne Polens Zutun zur Kooperation bereit. Hätte die Ukraine sich geweigert, hätte Polen seine Drohung wahr machen müssen, woraufhin die Ukraine vermutlich kurz darauf nachgegeben hätte.

Polen weigert sich jedoch unter seiner regierenden liberalen Koalition, dies zu tun, da Premierminister Donald Tusk [enge Beziehungen zu Deutschland pflegt](#) und fälschlicherweise annimmt, dass die fortgesetzten Tötungen von Russen durch die Ukraine wichtiger für Polens nationale Interessen seien als die Beendigung ihres neuen Status als antipolnischer Staat. Wie

ihre jüngste Verhärtung der Linie gegenüber den EU-Bestrebungen der Ukraine nahelegt, könnte eine Kampagne des öffentlichen Drucks sie in diese Richtung drängen, allerdings ausschließlich mit Blick auf die nächsten Sejm-Wahlen im Herbst 2027.